

Notiz an Herrn Staatssekretär Kellenberger

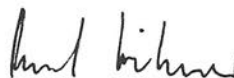
Zusätzliche Stichwörter für Ihren Besuch in London

1. Die Situation im Kosovo ist derart kritisch, dass die KSZE im Grunde genommen eine internationale Konferenz einberufen sollte. Doch die EG wäre mit so etwas nicht einverstanden. Namentlich London befürchtet, eine Konferenz könnte die Aktivitäten der sogenannten "Carrington-Konferenz" beeinträchtigen. Vieles spricht indessen dafür, dass die KSZE tätig werden sollte, bevor bewaffnete Konflikte ausbrechen.
Was wären die Ziele? Kurzfristig: Wiederaufnahme des Dialoges zwischen den Behörden und der albanischen Gemeinschaft; Beseitigung der verheerenden Auswirkungen des "Law on special circumstances"; Langfristig: Lösung der konstitutionellen Frage der Kosovo-Autonomie.
Der Rahmen könnte folgender sein: Eröffnung durch alle KSZE-Staaten, nachher Ueberführung in eine Konferenz mit einem beschränkten Teilnehmerkreis.
Man muss noch darauf hinweisen, dass eine Konferenz bisher in der KSZE nicht zur Debatte stand.
2. Die KSZE-Berichterstattemission (Fleiner-Mission) empfahl, im Kosovo und in der Wojwodina permanente Beobachter zu stationieren. London verhielt sich dieser Idee gegenüber eher zurückhaltend. Hauptgrund: Weil die stationären Beobachter Vermittlungstätigkeiten aufnehmen könnten und dadurch wiederum die Carrington-Konferenz beeinträchtigen würden. Es wäre vielleicht angebracht, London in der Auffassung zu bestärken, dass ständige Beobachter im Interesse der Sache in diese Gegenden geschickt werden sollten.
3. Mazedonien: Nach Auffassung der Badinter-Kommission und der Fleiner-Mission sollten die KSZE-Staaten Mazedonien anerkennen. Dies aus zwei Gründen: In erster Linie, weil Mazedonien die völkerrechtlichen Kriterien erfüllt und in zweiter Linie, weil eine Nicht-Anerkennung zu noch grösserer Destabilisierung auf dem Balkan führen kann. Auf dem Lissabonner Gipfel hat die EG allerdings ihre Haltung verhärtet. Früher hiess es, Mazedonien müsse sich noch ein Adjektiv zum Namen anfügen. Neuesten dagegen wird verlangt, dass Mazedonien auf den Namen "Mazedonien" verzichtet.
Die Schweiz hat ein gewisses Verständnis für Griechenland insofern, als es in der Verfassung von Mazedonien Bestimmungen gibt, die einen pan-mazedonischen Anspruch erheben. Man sollte auf Mazedonien einwirken, damit es diese Bestimmungen abändert. Umgekehrt sollte man auf Griechenland einwirken, dass es, sobald diese Aenderungen vorgenommen sind, seine Unversöhnlichkeit aufgibt. Eine konzertierte Aktion verschiedener Staaten in diesem Sinn würde Griechenland eine Gesichtswahrung ermöglichen.



4. Kritische Fragen verdienen die Bemühungen der EG bezüglich der "Kantonalisierung" in Bosnien-Herzegowina. Sofern diese durchgeführt würde, müssten Minderheiten im grossen Ausmass umgesiedelt werden. Das wäre ein unglücklicher Präzedenzfall für ganz Südosteuropa. Falls in Bosnien-Herzegowina "ethnisch reine Gebiete" geschaffen werden, so wäre bald die Wojwodina dran und nachher kämen andere Gebiete. Das kann wohl keine Lösung sein. Statt dessen sollte man Minderheiten grosszügig konstitutionelle Rechte einräumen, die beispielsweise auch Sperminoritäten vorsehen. Man denke an den Ständerat. Mit einem rein rechnerisch angelegten Proporzdenken lassen sich keine Minderheitenprobleme lösen. Letztlich geht die sogenannte Kantonalisierung gegen die Errungenschaften des Minderheitenschutzes, wie er in der KSZE ausgearbeitet wurde. Die wesentlichste Errungenschaft ist gerade, dass Minderheitenrechte nicht in erster Linie als Gruppenrechte, sondern als Menschenrechte gesehen werden. Die Kantonalisierung fördert just das Gegenteil.
5. Grossbritannien gehört zu jenen Staaten, die bei der friedlichen Streitbeilegung eine restriktive Haltung einnehmen. Man könnte nochmals unterstreichen, dass die Schweiz sehr dafür eintritt, dass bis zum Rat der Aussenminister (14./15. Dezember 1992) zwei Sachen in Angriff genommen werden sollten: Einerseits eine Verbesserung des Valetta-Mechanismus mit der sogenannten "directed conciliation" und andererseits die Ausarbeitung einer Konvention. Die Schweiz bietet Genf als Tagungsort für ein Expertentreffen im September an. Die englische Unterstützung in dieser Angelegenheit würde sehr geschätzt.
6. Die Schweiz verfolgt die Tätigkeiten des NATO-Kooperationsrats mit grossem Interesse. Sie hat Verständnis dafür, dass ein spezielles Forum für spezifische Fragen, die sich zwischen den NATO-Staaten und den ehemaligen WAPA-Staaten einstellen, geschaffen wurde. Sie ist aber der Ansicht, dass die sicherheitspolitischen Fragen, welche alle KSZE-Staaten betreffen, auch in dieser diskutiert werden sollten. In der Nordatlantischen Versammlung gab es kritische Stimmen bezüglich der zukünftigen Nützlichkeit des NACC. Könnte man sich nicht vorstellen, dass der NACC in die KSZE verlegt wird? Mit dem Forum für Sicherheitszusammenarbeit, dessen Mandat auf dem Helsinki-Gipfel verschiedeten soll, bestünde ja ein Organ für einen solchen Dialog. Es ist nämlich dort vorgesehen, dass auch regionale Verhandlungen im Rahmen der allgemeinen Verhandlungen über Abrüstung, Rüstungskontrolle, Vertrauens- und Sicherheitsbildung stattfinden können.

Politische Abteilung III
KSZE-Dienst



P. Widmer

N.B. Diese Bemerkungen greifen Ihre Anregung vom 1.7. auf und sind als mögliche Fragestellungen in Ergänzung der Notiz zu verstehen, welche Ihnen zu diesem Thema am 19.6. von der KSZE-Delegation in Helsinki zugestellt wurde.

Kopie: - GRN
- RIA
- KSZE-Dienst